

## **Andrea Moresino Zipper**

Impuls beim Bibelpastoralen Studientag

**„Flucht. Migration. Und jetzt?“**

**des Schweizerischen Katholischen Bibelwerks**

Zürich, 25. Juni 2018

### **Kolumbien – ein Land zwischen Frieden und Gewalt**

Der 26. September 2016 sollte ein historischer Tag in der Geschichte Kolumbiens werden. Seit Frühjahr 2016, seit dem Zeitpunkt, an dem feststand, dass es einen Friedensvertrag zwischen der Regierung und der FARC geben wird, wurde auf diesen Tag hingearbeitet. In Cartagena an der Karibikküste sollte das Friedensabkommen zwischen den beiden Parteien unterzeichnet werden. 2500 Gäste waren geladen, weiss war die dominierende Farbe des Tages, nicht nur bei den Gästen, Fernsehkommentatoren, vor allem die Hauptakteure Präsident Juan Manuel Santos und Rodrigo „Timochenko“ Londoño von der Farc trugen weisse Hemden und helle Hosen. Seit 2012 wurde in Havanna, Kuba, verhandelt, nun sollte es soweit sein. Umrahmt von einem symbolbeladenen Programm unterschrieben die beiden mit einem aus Patronenhülsen gefertigten Kugelschreiber das Abkommen, welches nach mehr als 53 Jahren Frieden in Kolumbien garantieren soll. „Unsere Vergangenheit wurde mit Kugeln geschrieben, die Bildung wird unsere Zukunft schreiben“, so der eingravierte Spruch auf dem Kugelschreiber. Ein nicht bindendes Referendum sollte untermauern, dass auch das kolumbianische Volk diesen Frieden mitträgt. Nur 37,4 Prozent der Bevölkerung ging zur Abstimmung, 13,1 Millionen der 34,9 Millionen Stimmberechtigten. Das Ergebnis überraschend knapp: 50,21 % sagten NEIN zu diesem Abkommen. Erstaunlich war, dass vor allem in den vom Konflikt am schwersten betroffenen Gebiete, die meisten Menschen JA sagten. Dort wirken sich die Vereinbarungen des Abkommens stärker aus: die Rebellen erhalten eine legale Lebensgrundlage und die dortige Bevölkerung erhält Auskunft darüber, was mit ihren verschwundenen Angehörigen und Freunden passiert ist. So haben beispielsweise 96% der Bewohner des Departementes Boyacá für das Abkommen gestimmt, obwohl im Jahr 2002 einer der schlimmsten Farc-Anschläge dort begangen wurde: 119 Tote und mehr als 100 Verletzte. In den Städten, die vor allem in den letzten Jahren kaum mehr von der FARC etwas zu befürchten hatten, war der NEIN-Anteil höher. Besonders viele NEIN-Stimmen gab es im Raum Medellin, wo der ehemalige Präsident Alvaro Uribe (Besitzer eines der grössten Milchverarbeitungsunternehmen Kolumbiens) zuhause ist. Er ist ein Gegner des Friedensvertrages, weil er meint, man sei den Rebellen in vielen Punkten zu sehr entgegengekommen (maximale Haftstrafen von 8 Jahren; zehn Sitze im Kongress werden in den nächsten 2 Legislaturperioden für die Partei der FARC reserviert sein). Am 17. Juni 2018

hat sein politischer Ziehsohn, Ivan Duque, die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Obwohl er sich während des Wahlkampfes gemässigter geäußert hat, ist er kein Freund des Friedensabkommens: „Ich werde dieses Abkommen in Stücke zerreißen“.

Im Dezember 2015 registrierte die staatliche Institution Unidad Nacional para la Atención y Reparación Integral a las Víctimas del Conflicto mehr als 7,8 Mill. Opfer, darunter 6,6 Mill. Vertriebene, 45000 verschwundene Personen und mindestens 263000 Personen, die im Zusammenhang mit dem Konflikt getötet wurden (in der Mehrheit Zivilpersonen). Im Jahr werden rund 200000 Menschen vertrieben.

Während der Präsidentschaft von Alvaro Uribe (2002-2010) waren die Fälle von falsos positivos stark angestiegen. Dabei handelt es sich um Tötungen, die von Sicherheitskräften verübt werden und die Opfer danach als im Kampf getötete Guerillakämpfer präsentiert werden. In der Regel handelt es sich um junge arme Männer. Die Tatorte wurden so präpariert, dass die Opfer als im Kampf gefallene Feinde dargestellt wurden, oder die Sicherheitskräfte die Tötungen als Akt legitimer Selbstverteidigung aussehen liessen. Die Sicherheitskräfte wurden bei Erfolg gegen die Guerilla mit Bonuszahlungen, Sonderurlaub oder Beförderungen entlohnt. Doch auch die Guerilla ist schweren Menschenrechtsverletzungen angeklagt. Um ihre Territorien zu verteidigen, schrecken sie nicht vor der Ermordung von Leitern und Führungspersonen verschiedener sozialer oder Völkergruppen zurück.

Auch ehemalige FARC-KämpferInnen sind dieser Bedrohung ausgesetzt. Allein im Januar 2018 wurden 3 ehemalige Mitglieder der FARC ermordet. Seit Beginn der Umsetzung des Friedensvertrages wurden mindestens 33 ehemalige FARC-Angehörige umgebracht. Die FARC selbst sprechen von 36 ehemaligen KämpferInnen und 13 getöteten Angehörigen. Für die Ermordung sollen paramilitärische Gruppen verantwortlich sein. Die Tötungen passieren auch in den Wiedereingliederungslagern. Die Gründe sind verschieden, u.a. in der Vergangenheit der ermordeten Personen zu suchen, aber auch um das Fortfahren der Friedensbemühungen zu erschweren. Auch geht die Auszahlung der versprochenen Entschädigungen für einen Neustart nur schleppend voran. Die ehemaligen FARC-Mitglieder warten in den Lagern auf die versprochene Hilfe. Nicht selten macht sich Frust und Hoffnungslosigkeit breit.

Lebensgefährlich im wahrsten Sinne des Wortes ist der Einsatz für Menschenrechte. Nach Angaben der UNO sollen 2017 105 MenschenrechtsverteidigerInnen ermordet worden sein, die kolumbianische Menschenrechtsorganisation INDEPAZ geht von mindestens 170 ermordeten Personen aus. Besonders blutig war der Januar 2018: 23 bis 27 politische Morde wurden gemeldet. Zwei Konflikte seien für die Zunahme der Morde verantwortlich: der Zugang und Besitz von Land (inklusive Landrückforderungen) und der Abbau von Rohstoffen (illegaler Bergbau und Anbau von Koka).

## Flüchtlinge im eigenen Land

Kolumbien wird in der Statistik der Binnenvertriebenen mit Syrien und dem Irak genannt. Mit 6,6 Millionen steht das südamerikanische Land an der traurigen Spitze. Vertriebene, die den Heimatstaat verlassen, werden als Flüchtlinge bezeichnet, die Schutz durch den Staat erfahren, in den sie geflüchtet sind. Flüchtlinge im eigenen Land, sogenannte Binnenflüchtlinge, sollten von ihrem eigenen Staat Schutz erfahren, doch meist kann oder will der diesen nicht gewährleisten. In der Region der kolumbianischen Pazifikküste (Choco, Cauca, Valle de Cauca, Nariño) wurden 2016 rund 3060 Familien (mehr als 11360 Personen) vertrieben. Von Januar bis März 2017 wurden mehr als 900 Familien zur Flucht gezwungen. Besonders die afro-kolumbianische Bevölkerung (10% der Binnenflüchtlinge Kolumbiens) und die indigene Bevölkerung (3%) sind betroffen. Gründe sind die von bewaffneten Gruppen ausgehende Gewalt, Zwangsrekrutierungen (auch von Kindern), eingeschränkter Zugang zu Bildung, Wasser, Sanitätsversorgung und Einschränkung von Bewegungsfreiheit. Oftmals versuchen die Vertriebenen in den Grossstädten ihr Glück. In Bogotá bauen sie am Stadtrand an den Hängen eine Unterkunft, ohne, dass sie Besitzer des Grundstückes wären, aus einfachen Mitteln und mit allem, was sie vor dem Regen und der nächtlichen Kälte zu schützen vermag. Sie hoffen, dort in der Anonymität untertauchen zu können und von ihren Verfolgern nicht gefunden werden. Oftmals stehen sie in Konkurrenz zur einheimischen Bevölkerung, die um ihre Arbeitsplätze zittert. Das führt zu Gewalt und Diskriminierung. Rund 18.000 Familien leben am Rand Bogotás in ihren Hütten, ohne, dass ihnen das Land gehört, auf dem sie gebaut haben. Oft können die Kinder die Schule nicht besuchen, weil das Geld für Uniform und Schulmaterial fehlt oder sie sind durch die Flucht schwer traumatisiert. In den Strassen von Bogotá betteln vielfach indigene Frauen mit ihren Kindern oder Babys im Arm. Ihre leichte traditionelle Kleidung passt selten zum kühlen Wetter in der Millionenstadt. Betteln ist Frauenarbeit in der indigenen Kultur und so müssen die Münzen auch für ihre Männer reichen. Auch in den Bussen erzählen immer wieder desplazados (Vertriebene) ihre Geschichte für etwas Münz'. Kommt die schwierige Situation der staatlichen Einrichtung „Bienestar familiar“ zu Ohren, werden nicht selten die Kinder der Familie weggenommen und in Pflegeeinrichtungen gegeben (vgl. KESB). Die Menschen die im Armutsgürtel der Grossstädte leben, sind doppelt gefordert: Zu den Menschen, die dort seit langem leben und ums tägliche Überleben kämpfen, kommen die Vertriebenen, die Ex-Guerilleros hinzu, die in diesen von Gewalt, Bandenkriegen und Überlebenswillen geprägten Strukturen, ihren Platz suchen. Die Menschen, die am Rande der Stadt wohnen, sind sehr oft Direktbetroffene des bewaffneten Konflikts. Sie haben Familienmitglieder verloren, sind selbst bedroht worden und können in ihr Heimatdorf nicht mehr zurückkehren. In Casitas habe ich auch solche Menschen kennengelernt. Kinder scheuen sich, fotografiert zu werden, sprechen wenig oder sind ängstlich. Man weiss um ihre Geschichten, man weiss aber auch, dass sie nie juristische Gerechtigkeit erfahren haben oder erfahren werden. Von diesen Betroffenen habe ich einige kennengelernt und es waren jene, die für ein JA zum

Friedensabkommen gestimmt haben. Die, die bittere Vergangenheit hinter sich lassen möchten und endlich Frieden haben.

### **Flüchtlinge aus Venezuela in Kolumbien**

Im Jahr 2013 trat Nicolas Maduro die Präsidentschaft in Venezuela an und mit der die Wirtschaft des einst reichsten Landes Südamerikas (vor allem durch die Erdölvorkommen) ging es bergab und die Kriminalität schnellte in die Höhe. Der Regierung Maduros wird Misswirtschaft und Korruption vorgeworfen und sie leidet unter den niedrigen Erdölpreisen. Viele Migranten, die noch in den 70er und 80er Jahren nach Venezuela gingen, verlassen das Land. Prekär wurde die Situation im 2015 als Nicolas Maduro 1.100 Kolumbianer des Landes verwies, weil sie verdächtigt wurden am Schmuggel von Lebensmittel und beteiligt zu sein. Ihre Häuser wurden mit Bagger dem Erdboden gleichgemacht. Die Lage zwischen den beiden Nachbarstaaten hat sich verschärft seit Maduro mehrere tausend Soldaten an die kolumbianische Grenze schickte, um das Gebiet von Paramilitärs, Schmugglern und Drogenhändlern zu säubern. Auch wurde die Grenze mal auf unbestimmte Zeit geschlossen. Damals „explodierte“ die Situation in der Grenzstadt Cucuta, wohin die meisten flüchteten. Zuerst verliessen die wohlhabenderen Familien das Land, mittlerweile flüchten auch die Armen, zu Fuss mit dem was sie tragen können. Mein Sohn hat einen Mitschüler, dessen Mutter ist Venezolanerin und ich sprach kürzlich mit ihr über die Situation im Land. Sie stammt aus wohlhabenderem Haus, hat einen deutschen Grossvater (sprach aber zuvor kein Deutsch) und erzählte mir, dass ihre Eltern befürchteten, dass Maduro gewählt würde im 2013 und verliessen ziemlich bald das Land, verkauften alles und gingen nach Deutschland. Sie persönlich leistet nach eigenen Angaben immer wieder Spenden an Gruppierungen in Venezuela, die sich um die Verbliebenen kümmern, die gegen Maduro sind. Sie und ihre Familie würden derzeit nicht einmal daran denken nach Venezuela zu fliegen. Zu gross die Gefahr, das Land nicht mehr verlassen zu können. Gemäss Zahlen des UNHCR haben seit 2014 über 1,5 Millionen Menschen das Land verlassen, jeden Tag versuchen rund 4000 Personen über die Grenze zu kommen. Neuere Zahlen sprechen von über 550000 (800000 habe ich auch schon gelesen) Venezolaner in Kolumbien. In der grenznahen Stadt Villa del Rosario will die Regierung (unter Santos!) ein Aufnahmезentrum für Flüchtlinge errichten, welche auf der Suche nach medizinischer Versorgung und Lebensmittel ins Land kommen. Das Zentrum richtet sich an Migranten, die auf der Strasse leben, aber in andere Städte weiterziehen wollen. Venezolaner, die in Kolumbien Verwandte haben, leben bei denen. Dies kann unter Umständen zu finanziell schwierigen Situationen in den Familien führen. Bei einigen Mitgliedern von Casitas ist dies der Fall. Ihre Situation ist schon für ihre eigene Familie, für sich selbst nicht einfach und sie nehmen die Verwandten aus Venezuela auf. Es wird eng in den ohnehin kleinen Wohnungen, die Verwandten bringen wenig bis keine finanziellen Reserven mit und bitten darum, mitversorgt zu werden. Für Familien, die schon Probleme haben ihre eigene Familie zu versorgen, eine kaum zu leistende Herausforderung. Und dennoch habe ich von niemandem gehört, die ihre venezolanische Verwandtschaft vor die Tür setzen würde. Die venezolanischen Familienmitglieder versuchen Arbeit zu finden,

doch es gelingt schwer. Sie sind, wie bereits erwähnt, Anfeindungen ausgesetzt, weil die Arbeitslosigkeit in diesen Quartieren ohnehin sehr hoch ist. Die Angst unter den Kolumbianern geht um, dass die Venezolaner ihre Arbeitskraft zu Dumpingpreisen anbieten und „für weniger arbeiten“ als die Kolumbianer. Mit den Flüchtlingen aus Kolumbien hat sich auch das Bild der fliegenden Verkäufer im Bus in Bogota verändert. Waren bis vor gut 1,5 Jahren die Verkäufer in den öffentlichen Bussen noch sehr einfach bis ärmlich gekleidet, so begegnet man nun gut gekleideten Verkäufern. Venezolaner, die in Bussen ihre Geschichte erzählen, einigen Passagieren venezolanische Banknoten zum Ansehen in die Hand drücken, um die Wertlosigkeit des Papiers zu betonen, verkaufen im Anschluss an ihre Geschichten, Schokoladeriegel, Bleistifte, Bonbons, um ein kleines Einkommen zu haben. Auch wenn die Regierung von Juan Manuel Santos temporäre Aufenthaltsgenehmigungen für Venezolaner vergibt, die zu Arbeit und medizinischer Versorgung berechtigt, bleibt die Situation für die Flüchtlinge teils aussichtslos. Viele Venezolaner versuchen in die umliegenden Nachbarstaaten Ecuador, Peru und Brasilien weiterzureisen.

Ivan Duque von der Partido Centro Democratico, ein politischer Ziehsohn des früheren Präsidenten Alvaro Uribe, hat am 17. Juni die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Im Wahlkampf ging es mehr um die Flüchtlingsproblematik aus Venezuela als um den Friedensvertrag (politisches Kalkül?). Vor der Präsidentschaftswahl haben die Flüchtlingsströme deutlich zugenommen, weil die Angst bestand, dass der neue Präsident die Grenzen zu Venezuela „dicht“ macht. Er möchte die rund 2000 km lange grüne Grenze zu Venezuela „besser sichern“. Eines seiner Wahlversprechen. Anders tönte es bei seinem linksliberalen Kollegen, Gustavo Petro, ehemaliger Bürgermeister von Bogota. Er plädierte für eine unbürokratische Aufnahme der Flüchtlinge aus Venezuela und sieht es als erste Pflicht der Regierung Kolumbiens an, den Flüchtenden aus der Diktatur Venezuelas zu helfen.

Der Friedensvertrag und die nicht abbreisende Flüchtlingswelle aus Venezuela bleiben die beiden grossen Herausforderungen der neuen kolumbianischen Regierung.